



Die Blaue Fahne

Alternative Ratspolitik für Bielefeld

Ausgabe 3 / 2023

AfD-FRAGT NACH: SIND SCHUTZRÄUME IM JAHNPLATZ-FORUM MÖGLICH?

Wie soll es mit dem Jahnplatz-Forum weitergehen? Spätestens seit bekannt wurde, dass alle Mieter eine Kündigung zum 30. April 2023 erhalten haben, wird diskutiert, wie und ob der leerstehende unterirdische Komplex weiterverwendet werden soll. Die Vorschläge reichen dabei von „Zuschütten“ bis hin zur nicht uninteressanten Vision einer Nutzung als Jugendkulturzentrum.

Die AfD-Ratsgruppe zieht noch eine weitere, zusätzliche Verwendung in Betracht. 2007 wurde beschlossen,

die öffentlichen Schutzräume in Deutschland abzuwickeln. Dieses Vorhaben wurde vergangenes Jahr, mit Beginn der bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine, gestoppt.

Wir haben deshalb eine Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet, ob aus baulicher und sicherheitstechnischer Perspektive die Möglichkeit besteht, das Jahnplatz-Forum neben anderen, primären Zwecken auch als modernen Komplex von Schutzräumen im

des Zivil- und Katastrophenschutzes zu nutzen bzw. als solchen vor- und in Bereitschaft zu halten.

Zivilschutz sei Bundessache, hieß es in der Antwort, weshalb die Stadt keine Angaben machen wolle. Der Vorsitzende der AfD-Ratsgruppe, Dr. Florian Sander: „Natürlich kann die Stadt Angaben machen. Wenn ein Bundesamt anfragt, ob sich solche oder jene Räumlichkeiten für Schutzräume eignen, muss der zuständige Baudezernent schließlich auch Auskunft geben können.“

ZAHL DES MONATS

783

ausreisepflichtige Personen halten sich derzeit in Bielefeld auf. Das ergab eine Anfrage der AfD-Ratsgruppe aus dem Februar.

Damit hat sich die Zahl der sogenannten „Geduldeten“ seit dem 1. April 2015 beinahe verdoppelt. Damals hielten sich immerhin schon 417 Menschen in der Stadt auf, die eigentlich längst hätten abgeschoben werden müssen. Und das obwohl Bielefeld, wie viele andere Großstädte, massiv von Wohnraumknappheit betroffen ist.

AfD-ANFRAGE: EINSATZ VON O-BUSSEN EINE OPTION?

In der umstrittenen Frage der Stadtbahnverlängerung der Linie 1 wurde kürzlich im Rahmen eines Leserbriefes an eine Bielefelder Tageszeitung durch einen Bürger der Vorschlag gemacht, stattdessen über den Einsatz von Oberleitungsbussen nachzudenken, da diese flexibler sind und vorhandene Verkehrsflächen nutzen können und da es hierfür keinen Schienenneubau, keinen Straßenrückbau und keinen Wartungsbetrieb eines Schienennetzes braucht. Außerdem seien sie geräuschärmer als Bahnen.

Wir sehen uns als Stimme der Bürger im Stadtrat und haben beschlossen dieser interessanten Idee, die auch in unserem

Kommunalwahlprogramm steht, auf den Grund zu gehen und haben deshalb eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt. Wir möchten wissen, wie diese die Möglichkeit des Einsatzes von O-Bussen anstatt eines Stadtbahnausbaus der Linie 1, sowohl vor dem Hintergrund der oben genannten, möglichen Vorteile als auch hinsichtlich ökologischer Kriterien sieht.



O-Bus in Salzburg

AfD-ANFRAGE ERGIBT: KEINE GARANTIE, DASS MIETERN NICHT FÜR FLÜCHTLINGE GEKÜNDIGT WIRD

2025 werden in der Bundesrepublik 700.000 Wohnungen fehlen, schätzt der Zentrale Immobilien-Ausschuss. Für die endgültige Eskalation auf dem Wohnungsmarkt sorgt der Zuzug von Millionen sogenannter „Flüchtlinge“. Das stellten in Lörrach jetzt auch 40 alteingesessene Mieter fest, denen von ihrer kommunalen Wohnungsgesellschaft gekündigt wurde, um Flüchtlinge in den Wohnungen unterzubringen.

Aus diesem Grund hat die AfD-Ratsgruppe Bielefeld, auf Initiative ihres Ratsherren Maximilian Kneller, eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt. Wir wollten wissen, ob die Stadt plant, Mieter ihrer kommunalen Wohnungsgesellschaften zu kündigen, um die Wohnungen für Flüchtlinge zu

nutzen. Wichtig war uns auch zu wissen, ob die Stadt Bielefeld den Mietern ihrer Wohnungsgesellschaften garantiert, dass in Zukunft niemandem das Mietverhältnis gekündigt wird, um stattdessen Flüchtlinge in den Wohnungen unterzubringen.

Maximilian Kneller stellt klar: „Wer in aller Welt das Mantra «Wir haben Platz!» verlautbaren lässt und die Stadt Bielefeld öffentlichkeitswirksam zum «sicheren Hafen» erklärt, der muss auch die Frage beantworten, wo dieser Platz ist. Die Stadt Lörrach schafft mit der offenen Priorisierung Fremder gegenüber den eigenen Bürgern einen gefährlichen Präzedenzfall, der für die Stadt Bielefeld und ihre Bürger dringend kategorisch ausge-

geschlossen werden muss.“

Die Antwort auf unsere Anfrage bestätigt viele Befürchtungen: Die Stadt gibt wortwörtlich zu, dass sie nicht garantieren kann, dass Mietern nicht, für Flüchtlinge die Wohnungen gekündigt werden. Grund dafür sei, dass die Mietverträge nicht mit der Stadt direkt geschlossen würden.



AfD-ANTRAG WIRD INHALTLICH BEFÜRWORDET – DER AUSSCHUSS LEHNT IHN TROTZDEM AB

Dass Altparteien durch die Bank weg jeden Beitrag der AfD ablehnen, ist bekannt. Dabei spielt es keine Rolle, wie sinnvoll dieser ist und ob er eventuell sogar Leben hätte retten können. Auf Ablehnung treffen unsere Initiativen sogar dann, wenn den Akteuren unser Antrag eigentlich gefällt oder neutrale Sachverständige unser Anliegen für nicht unberechtigt halten.

So jüngst geschehen im Sozial- und Gesundheitsausschuss der Stadt Bielefeld. Die Verwaltung reichte dort eine Beschlussvorlage über die regelmäßige Erstellung eines Gesundheitsberichtes ein. Der geplante Gesundheitsbericht dient dazu, den Ist-Zustand der Gesundheit in Bielefeld abzubilden und einzuordnen. Uns war die Vorlage allerdings noch nicht weitgehend genug, so dass Dr.

Florian Sander, Vorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Ratsgruppe, einen Änderungsantrag einreichte. Unsere Forderung: Im Gesundheitsbericht sollten nicht nur die körperliche, sondern auch die psychische Gesundheit der Bielefelder Bevölkerung abgebildet, aufgeschlüsselt und nach Bevölkerungs- und Altersgruppen dargestellt werden. Der Hintergrund u. a.: Infolge der Corona-Maßnahmen ist es auch und gerade hinsichtlich der psychischen Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Senioren zu großen Missständen gekommen – auch in Bielefeld. Das ging etwa so weit, dass in Kinder- und Jugendpsychiatrien sogar Triagen an der Tagesordnung waren. an der Tagesordnung waren.

Der Vertreter des Gesundheitsamts

sicherte daraufhin in der Sitzung mündlich zu, dass auch die Erhebung von Daten zur psychischen Gesundheit in den Bericht Einzug halten wird. Angesichts des Zuspruchs fragte die Ausschussvorsitzende Herrn Dr. Sander, ob er den Antrag nicht zurückziehen wolle, da ja ohnehin Einigkeit in dieser Frage herrsche. Aber die AfD stand zu ihrem Antrag, um den zusätzlichen Aspekt des Berichtes verbindlich qua Beschluss abzusichern. Und so geschah, was geschehen musste: Die Blockparteien lehnten den Antrag ab. Florian Sander kann darüber nur kopfschüttelnd schmunzeln: „Wäre das Thema nicht so ernst, müsste man über diese Verbohrtheit eigentlich lachen. Die Sache zeigt einmal mehr, dass der Rat, wie auch Landtage und Bundestag, mit deliberativer Demokratie nicht mehr viel zu tun haben.“

KOALITIONSKRISE: FDP UND GRÜNE HETZEN GEGEN DIE MEINUNGSFREIHEIT

In der Ratskoalition ist ein Streit ausgebrochen, nachdem die Bielefelder LINKE öffentlich ihre Zustimmung zur außenpolitischen Petition von Sahra Wagenknecht erklärt hat. Die Grünen sowie die FDP haben die LINKE dafür öffentlich angegriffen; die FDP forderte ein Ende der Rathaus-Koalition. Dazu erklärt Dr. Florian Sander, Vorsitzender der Bielefelder AfD-Ratsgruppe:

„Grüne und FDP sollten sich lieber mal selbst hinterfragen, angesichts des Ausmaßes, in dem sie ihre eigenen früheren Prinzipien verletzen. Die Wehrdienstverweigerer bei den Grünen hetzen mittlerweile zu Kriegen, die dann andere für sie ausfechten sollen, während Herrn Schlifter nichts

besseres einfällt, als bei jeder zaghaften und oppositionellen Regung gegen den Kriegswahn sofort die ‚Putinverstehler!‘-Keule zu schwingen. Dies konnte man schon bei seiner Reaktion auf das Interview mit General Erich Vad in der Neuen Westfälischen beobachten. Mit einem sachlichen Diskurs im liberalen Sinne hat das ebenso wenig



zu tun wie die Grünen mit Friedenspolitik.“

Beide Parteien verrieten fortlaufend und jeden Tag ihre früheren Ideale, so Sander. Das mache die Arbeit der Rathaus-Koalition freilich nicht besser und deren Ende nicht weniger notwendig: „Aber ganz sicher nicht wegen der Zustimmung zur durchaus begrüßenswerten Petition von Frau Dr. Wagenknecht, sondern wegen ihrer Kommunalpolitik.“ Sander fügte hinzu, es sei durchaus lobenswert, wenn es noch einige Linke gebe, die den Mut zur einer patriotischen Friedenspolitik hätten. „Allerdings muss natürlich jedem bewusst sein, dass sie damit selbst in der eigenen Partei in der klaren Minderheit sind.“

SCHULSOZIALARBEIT: AfD BEANTRAGT UMFASSENDE EVALUATION

Die Stadtverwaltung möchte die Schulsozialarbeit stärken. Per se kein schlechtes Vorhaben, dem sich die AfD nicht verweigert, aber leider ist die Initiative unausgereift und nicht zu Ende gedacht.

Dr. Sander erläutert die Problematik der Beschlussvorlage der Stadtverwaltung: „Es genügt zur Begründung und Legitimation von Schulsozialarbeit auf Dauer nicht aus, immer nur auf multipel auftretende stadtesellschaftliche Problemlagen und (recht diffuse) „Bildungsrelevante Soziale Belastungsfaktoren“ zu verweisen, wie es in der Beschlussvorlage der Fall ist. Langfristig ist hier eine genauere, quantifizierbare und auch Problemverhältnisse wiedergebende Ursachenerfassung nötig, welche in der Folge zudem Rückschlüsse erlaubt, die der Aufarbeitung etwaiger

politischer (Fehl-)Entscheidungen dienen können. Evaluation von Sozialarbeit ist schließlich immer auch Evaluation richtiger oder eben fehlgeleiteter Politik.“

Aus diesem Grund hat Dr. Sander einen Änderungsantrag initiiert. Die Beschlussfassung soll um einen vierten Abschnitt erweitert werden. Und zwar soll im Rahmen der Schulsozialarbeit fortan regelhaft eine umfassende Evaluation erfolgen, die es ermöglicht, die jeweiligen Ursachen sozialarbeiterischer Bedarfe an Schulen detaillierter aufzuschlüsseln und abzubilden. Hierbei soll auch statistisch erfasst werden, wie hoch jeweils der Anteil solcher Bedarfe ist, die sich eigens aus interkulturellen Konfliktlagen und Integrationsproblemen / -hindernissen ergeben. Außerdem soll eine Quantifizierung

jener Bedarfe erfolgen, die aus psychosozialen Problemlagen infolge der Corona-Maßnahmen und ihren Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche resultieren.

Wann über den Änderungsantrag abgestimmt wird, ist noch nicht eindeutig geklärt. Der betreffende Tagesordnungspunkt wurde im Sozial- und Gesundheitsausschuss bereits wiederholt verschoben.



STREIKS IN BIELEFELD: ANGEMESSENE ENTLOHNUNG FÖRDERT MOBILITÄT

In den letzten Wochen wurde der Öffentliche Personennahverkehr in Bielefeld wiederholt bestreikt. Ende März könnte ganz Deutschland sogar ein Verkehrs-Generalstreik drohen, wenn entsprechende Arbeitskämpfe bei der Deutschen Bahn ausbrechen. Das alles kollidiert massiv mit den allgemein hochgesteckten Zielen der klimafreundlichen Mobilität, wie sie die Stadt und die Parteien der hiesigen Linkskoalition immer wieder vor sich hertragen.

„Hier herrscht ein klares Missverhältnis“, moniert Maximilian Kneller, der verkehrspolitische Sprecher der AfD-Ratsgruppe Bielefeld. „Man kann nicht einerseits die Leute immer mehr zwingen, auf das Auto zu verzichten, ihnen den

Parkraum nehmen, sie mit Baustellen terrorisieren, und dann andererseits stillschweigend zusehen, wie der ÖPNV immer wieder durch verschiedenste Faktoren lahmgelegt wird.“

Die Ursachen sind diesmal in der Bundespolitik zu suchen: Inflation und Energiekrise haben sich spürbar auf den Geldbeutel von Arbeitnehmern ausgewirkt. „Es ist absolut verständlich, wenn nun Betroffene in den Arbeitskampf gehen“, erklärt Dr. Florian Sander, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Ratsgruppe. „Damit solidarisieren wir uns. Umso mehr sind nun aber die kommunalen Arbeitgeber in der Pflicht, hier auf die Betroffenen zuzugehen, um nicht die eigenen ökologischen Ziele

hintenrum wieder zu sabotieren. Derzeit geschieht jedoch genau das.“ Wer ökologische Mobilität will, der müsse dies jetzt auch mit sozialer Verantwortung verbinden, so Sander. „Alles andere kann man keinem Bürger, der nicht mehr weiß, wie er in diesen Zeiten zuverlässig von A nach B kommen soll, mehr erklären.“



STADTVERWALTUNG BLAMIERT SICH MIT ANTWORT AUF AfD-ANFRAGE

Als die Stadt die sogenannten „Aktionswochen gegen Rassismus“ ankündigte, bei der Akteure aus nicht-staatlichen und nicht-städtischen Organisationen und Gruppierungen Veranstaltungen anmelden dürfen, wollten wir von der Stadtverwaltung wissen, was sie unternimmt, um linksextreme, islamistische und parteipolitische Instrumentalisierung zu verhindern. Die Antwort auf unsere Anfrage war leider ungenügend.

So schreibt die Stadtverwaltung, in ihrer Antwort, dass die Zusammenarbeit mit Menschen, die dem Islam

angehören, für das Kommunale Integrationszentrum eine zentrale Aufgabe sei. Ja, natürlich – das ist ja auch gar keine Frage und wird von uns auch gar nicht bestritten. Nur: Danach hatten wir nicht gefragt! Wir haben gefragt, wie gewährleistet wird, dass keine Zusammenarbeit mit Islamisten erfolgt, und diese sind definitionsgemäß nicht identisch mit „Muslimen“.

Was die Verwaltung tut, wenn eine nachweislich islamistische Organisation – wie die in Bielefeld vertretene Milli Görüs – eine Veranstaltung im Rahmen der

„Aktionswochen gegen Rassismus“, anmeldet und ob das dann zugelassen und durch das Kommunale Integrationszentrum beworben wird, wurde mit keinem Wort beantwortet.

IMPRESSUM

AfD-Ratsgruppe Bielefeld
Niederwall 25
33602 Bielefeld

Vorsitzender:
Dr. Florian Sander

Kontakt: presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de

KOSTENLOSES ONLINE-ABO DER BLAUEN FAHNE?

Möchten Sie die Blaue Fahne **kostenlos** und digital abonnieren?
Senden Sie eine E-Mail, mit dem Betreff "Blaue Fahne" an:

presse.ratsgruppe@afd-bielefeld.de

